

## Wahlprogramme der Parteien zur Kranken- und Pflegeversicherung

Teil 2 der IPV-Kolumne des Monats September beschreibt die Wahlprogramme der Parteien zur Kranken- und Pflegeversicherung und zeigt deren unterschiedliche Schwerpunkte auf:

### CDU/CSU

Für die Union soll die umfassende Versorgung und der Erhalt des dualen Gesundheitssystems durch das „Zusammenspiel von gesetzlichen (GKV) und privaten Krankenversicherungen (PKV)“ erreicht werden.

**Krankenversicherung:** Eine Einheitsversicherung und Schritte in diese Richtung werden abgelehnt. Zur Finanzierung der GKV setzt die Union weiter auf einkommensabhängige paritätische Beiträge, Eigenbeteiligung und einen Steueranteil für versicherungsfremde Leistungen.

**Pflegeversicherung:** Es ist geplant, einen Prüfauftrag zur Stärkung und staatlichen Förderung betrieblicher Pflegezusatz-Versicherungen in Auftrag zu geben. Zudem soll der Pflegevorsorgefonds bis 2050 verlängert werden, um „unverhältnismäßig“ steigenden Beiträgen entgegenzuwirken.

### Die Grünen

Die Grünen möchten einen „Weg zur Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege“ einschlagen. Ziel ist hierbei „eine solidarisch finanzierte Bürgerversicherung, in der (alle) unabhängig vom Einkommen“ die von ihnen benötigte Versorgung erhalten.

**Krankenversicherung:** Ein ergänzendes Positionspapier der Bundestagsfraktion der Grünen fordert in 3 Schritten:

- 1) die Wahlfreiheit für Beamte, die Reform der Sozialtarife und Wechselrechte sowie die Portabilität der Altersrückstellungen
- 2) den Einbezug aller Privatversicherten in den Gesundheitsfonds
- 3) den Einbezug aller Einkunftsarten (Kapitalerträge, Pachten und Mieten)

Darüber hinaus soll die Absicherung gering verdienender Selbstständiger in der Krankenversicherung verbessert werden.

**Pflegeversicherung:** Hier setzt die Partei auf die sog. „doppelte Pflegegarantie“, die sowohl eine Senkung als auch eine Deckelung der Eigenanteile vorsieht. Zudem sollen sich mit einer solidarischen Pflege-Bürgerversicherung alle „mit einkommensabhängigen Beiträgen an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen.“

### SPD

Die SPD plädiert für einen „gleich guten Zugang zur medizinischen Versorgung für alle, eine solidarische Finanzierung und hohe Qualität der Leistungen.“ Der Bürger muss im Mittelpunkt des Gesundheitssystems stehen.

## Fachinformation

**Krankenversicherung:** Die SPD möchte eine Bürgerversicherung einführen (Erwähnung mit einem Satz im Wahlprogramm). Zur Finanzierung soll „die Bemessungsgrenze zur Erhebung der Beiträge zur gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosen-Versicherung regelmäßig (angepasst) werden.“

**Pflegeversicherung:** Hier spricht sich die SPD für „eine Vollversicherung als Bürgerversicherung (aus), die alle pflegerischen Bedarfe und Leistungen abdeckt.“ In einem ersten Schritt ist die Deckelung des Eigenanteils für Pflegebedürftige mit geringen Einkünften geplant. Außerdem sind künftige Kostensteigerungen über einen Mix aus moderat steigenden Pflegebeiträgen und einen dynamischen Bundeszuschuss abzufedern.

## FDP

Die Freien Demokraten setzen sich für „einen qualitäts-, effizienz- und innovationssteigernden Wettbewerb“ unter den Krankenkassen ein.

**Krankenversicherung:** In einem solidarischen und dualen Gesundheitssystem soll nach dem Wahlprogramm der FDP die Wahlfreiheit der Versicherten durch Krankenkassen- und Krankenversicherungsvielfalt gewährleistet werden. Hier ist u.a. eine Vereinfachung des Wechsels zwischen GKV und PKV geplant.

**Pflegeversicherung:** Die Liberalen möchten an der Pflegeversicherung als „Teilleistung“ festhalten und diese mit privater und betrieblicher Vorsorge ergänzen (Drei-Säulen-Modell). Eine Pflege-Vollversicherung wird hingegen ebenso wie eine Bürgerversicherung abgelehnt.

## Die Linke

Für die Linke muss „das Allgemeinwohl (...) bei Gesundheit und Pflege im Vordergrund stehen – nicht die Profitmöglichkeiten einzelner Konzerne.“

**Krankenversicherung:** Die Linke fordert eine solidarische Gesundheits-Vollversicherung, in die alle einzahlen. Hierzu sollen die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft und alle Einkunftsarten zur Verbeitragung herangezogen werden. Zuzahlungen und Eigenanteile sind nicht mehr vorgesehen und die Trennung zwischen GKV und PKV wird aufgehoben.

**Pflegeversicherung:** Die Pflegeversicherung soll in eine Vollversicherung, die alle Pflegeleistungen übernimmt, transformiert werden. „Pflegebetriebe, die nicht gemeinnützig arbeiten, (will die Partei) in Gemeineigentum überführen.“

## AfD

Das zu diesem Themenfeld sehr knapp gehaltene Wahlprogramm der AfD sieht eine Zusammenlegung von sozialer Pflegeversicherung und GKV vor.